

Dresdener Volkszeitung

Verleger: Dresdener Volkszeitung, Dresden, Nr. 198.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dresdener Volkszeitung, Dresden, Nr. 198.

Abonnementpreise: einjährlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M., Einzelnummer 50 Pf.

Schriftleitung: Göttingerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Göttingerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die Doppelseite 2,00 M., Familienanzeigen 1,00 M., die Spaltenzeile 600 Pf. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an nichtbezeichneten Tagen. Bei Einzelbelegungen 40 Pf.

Nr. 198

Dresden, Donnerstag den 25. August 1921

32. Jahrg.

Angst vor Verständigung

London, 24. August. Man nimmt in Londoner politischen Kreisen als sicher an, daß es bei den Verhandlungen des Völkerbundes zu unmittelbaren deutsch-polnischen Verhandlungen kommen werde. Der Völkerbund ist nicht die Ursache dazu geblieben. Die Verhandlungen unter dem Vorzeichen eines neutralen Völkerbundsrates hätten, und der Völkerbund selbst würde verfallen, in die kritischen Phasen der Verhandlungen einzugreifen. Erst wenn dieser Versuch sich als völlig aussichtslos herausstellen sollte, wird der Völkerbund aus eigener Machtvollkommenheit eine Entscheidung fällen.

Zur Sitzung des Völkerbundes über Oberschlesien hat Deutschland bis jetzt noch keine Einladung und auch noch keine offizielle Mitteilung vom Zusammentritt dieser Jagung erhalten.

Von amtlicher Seite in Berlin wird auf das entschiedene in Abrede gestellt, daß zwischen Deutschland und Polen Verhandlungen über die Aufteilung Oberschlesiens kämben, weil kein deutsches Kabinett in der Lage wäre, sich dem Verhandlungswege auch nur ein oberflächliches Wort zu sagen. Wir haben die vom Amerikaner angebotene gebrochene Verhandlung über die Aufteilung Oberschlesiens zwischen Deutschland und Polen gebrückt, da sie uns wohl überaus lieb, immerhin aber nicht unwahrscheinlich war. Selbst in Warschau ist nach dem Abschluß der Pariser Konferenz, dem Wipfeln der ober-schlesischen Angelegenheit und infolge der vom Tag zu Tag bedrohlicher werdenden Wirtschaftskrise zweifellos in vielen Köpfen eine gewisse Enttäuschung eingetreten, die auch wohl auf die Bemerkung der ober-schlesischen Frage nicht ohne Einfluß geblieben ist. Es dämmert die Erkenntnis, daß selbst Frankreichs Unterstützung, die durch die daran geknüpften Bedingungen viel mehr zum Fluch als zum Segen wird, es Polen nicht erlaubt, sich in Oberschlesien ein neues Schicksal zu schaffen. So dürfte man wohl glauben, daß die beiden Regierungen zum mindesten zu dem Versuch vorhanden sind, friedlich-friedlich durch direkte Verhandlungen zu einer Verständigung zu kommen. Und den gleichen guten Willen zeigen wir auch bei der deutschen Regierung voraus. Die Worte „Völkerbund“, das „Niemand“, ist wie wir während des Krieges erklären haben, immer dünn und unbehilflich, und in diesem Falle wäre sie nicht bloß politisch, sondern auch moralisch anfechtbar. Ist doch die Abjuration in Oberschlesien gezeigt, daß eine beachtliche Minderheit der Bevölkerung polnisch ist und polnisch denkt; gerade die, die 1918 eine Annexion Kurlands um des ganz geringen Prozentsatzes baltischer Deutschen willen für durchaus berechtigt hielten, haben also am wenigsten Anlaß, sich groß zu entheben, wenn Polen jetzt Anspruch erhebt auf ein Gebiet, in dem etwa ein Drittel polnisch stimmt.

Wohlverstanden: Auch wir wünschen, daß Oberschlesien bis zum letzten Dorf bei Deutschland bleibt, zumal man eine menschliche Einheit nur schwer auseinanderreißen kann. Denn aber die Reichsregierung erkennt hat, daß Verhandlungen mit Polen möglich und wünschenswert sind, um zu einer raschen friedlichen Lösung zu kommen. Es soll vor den aus solcher Erkenntnis sich ergebenden Notwendigkeiten sich nicht etwa zurückzucken lassen durch das Geschrei der blutigen Presse, deren politische Einflüsse im ungeliebten Verhältnis steht zu der Minderheit, die gerade bei der Betrachtung der heissen ober-schlesischen Frage dringend die Berücksichtigung der polnischen Minderheit fordern. Und selbst, wenn, wie wir glauben, Verhandlungen zwischen den beiden Mächten auch nicht zu einem endgültigen Resultat führen, bereiten sie immerhin den Boden vor für Genf. Das ist besonders wichtig für den Fall, daß die Londoner Meldung zutrifft und die beiden Parteien vor dem Völkerbunde gleichsam wie vor dem Richteramt einander gegenüberzutreten werden.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien

Breslau, 24. August. Die Oberschlesische Volksstimme in Breslau meldet mit Genehmigung des Senats, daß sie von einer interparlamentarischen Kommission nachfolgender Weise mitgeteilt worden ist, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes über Oberschlesien in den nächsten Tagen bevorsteht. Die letzte Kommission über die interparlamentarische Kommission über die Aufhebung des Belagerungszustandes ist, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes zweifellos eintreten wird.

Eine teure Zugabe

Eigene Drahtmeldung

Capein, 25. August. Nach einer Mitteilung der Interparlamentarischen Kommission betragen die Kosten für die Belagerungszustände in Oberschlesien bis 1. August 1921 1,1 Milliarden Mark. Nach dem Verlauf der Verhandlungen fallen die Kosten der Belagerung dem Senat zur Last, dem das Abstimmungsrecht zu sprechen wird.

Die Friedensunterzeichnung

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 25. August. Die deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Die Unterzeichnung des Vertrages wird durch Außenminister Dr. Rosen und den amerikanischen Geschäftsträger Dreel in kürzester Frist, wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages, vorgenommen werden. Die Unterzeichnung des Vertrages sollte bereits gestern nachmittags um 5 Uhr erfolgen, ist aber aus technischen Gründen verschoben worden.

Die von amtlicher Stelle auf Berlin mitgeteilte Nachricht, daß der Friedensvertrag mit Amerika fertig gestellt ist, ist nicht ganz richtig. Die Unterzeichnung konnte heute wegen technischer Schwierigkeiten nicht stattfinden, doch erwartet man regungsfreudig, daß sie voraussichtlich am Freitag erfolgen wird. Neben dem Inhalt des Vertrages wird vor der Unterzeichnung nicht bekanntgegeben. Die erste amerikanische amtliche Behauptung der Berliner Meldungen, wonach Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Vertrag (Schweigen, kam am Dienstag aus dem State Department. Es wurde ausgedrückt, daß die Verhandlungen auf Ersuchen der Vereinigten Staaten geheim geführt werden, und hinsichtlich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht der Ansicht sei, daß solche Verhandlungen öffentlich in parteilicher Weise geführt werden könnten. Eine eingehende Verhandlung wurde, so wurde mitgeteilt, vor dem Wochenende erwartet werden.

Die Mehrheit der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat die Bedingungen des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Verlauf einer Unterredung mit dem Präsidenten Harding gebilligt.

Nach einer Berliner Meldung von „The Chicago Tribune“ sind die Verhandlungen über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien im Verlauf einer Unterredung mit dem Präsidenten Harding gebilligt. Die amerikanische Regierung ist nicht geneigt, sich um die Art der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland abzugeben. Es wird bekannt, daß ein vollständiger Friedensvertrag zu erwarten ist, der alle Maßnahmen für die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden Völkern einschließt. Die amerikanische Regierung ist nicht geneigt, sich um die Art der Verhandlungen abzugeben, die erhebt werden, weil die Verhandlungen mit Deutschland geheim geführt werden sollen.

Der Friede mit Oesterreich unterzeichnet

Wien, 24. August. Heute mittag ist der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Oesterreich unterzeichnet worden.

Steuerwahlen?

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Brandenburg hat am Sonntag nach einem Referat des Parteivorsitzenden, Genossen Otto Bels, eine Resolution angenommen, indem er zum Ausdruck bringt, daß die bisher von der Reichsregierung vorgeschlagene Steuern in dieser Art für die Partei unannehmbar seien und falls die Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms die Bewilligung der Reichswerte gebilligt werde. Der Parteivorstand setzte sich dem weiteren mit aller Entschiedenheit ein für die vom Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagene Erhöhung der Reichswerte aller Kapitalbesitzer und vertritt die Überzeugung aus, daß nur eine Beteiligung der Allgemeinheit an den Vermögenswerten der Vermögensbesitzer und der Industrie, des Handels und der Banken imstande ist, die Einkünfte an der Quelle zu erfassen.

Diese Entschiedenheit mit ihrer Forderung nach Steuerwahlen auf Grund einer Steuerreform hat begründeterweise bei den Regierungen einiges Unbehagen hervorgerufen. Sowohl die Deutsche Tageszeitung als die Kreuzzeitung stellen sich sehr übermäßig und behaupten, die Forderung nach Steuerwahlen sei lediglich einem sozialdemokratischen Agitationsbedürfnis entsprungen, das letztere Blatt erwidert sogar, daß das Leitmotiv der Reichswirtschaftsminister die Lösung sei: „Nimmer mehr daran an Ruhland“. Aus diesen Berlegenheiten erhellen sich nichts anderes klar hervor, als daß die Sozialdemokraten vor einer Aufhebung des ganzen Steuerproblems vor den Wählern alles andere als Regierbarkeit empfinden. In ihr Verhalten deshalb durchaus verständlich, so finden die Stellungnahme eines führenden demokratischen Mitglieds der Reichstages, der Sozialdemokraten, zur gleichen Frage geradezu fassend. Dieses Wort heißt sich zunächst prinzipiell über die Tatsache, daß die Sozialdemokratie Stellung gegen das Steuerproblem nimmt, obwohl drei ihrer Parteigenossen dem Reichswirtschaftsministerium angehören. Ganzlich müßten, wenn sie die Forderung der Reichstages der Sozialdemokraten nicht billigen, diese drei sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung auscheiden, so folgert wenigstens die Tageszeitung. Da sie jedoch das bisher nicht getan hätten, so müßten sie das gleiche tun. Die Sozialdemokraten müßten auf die landwirtschaftliche und kleinstädtische Bevölkerung mehr Rücksicht nehmen als auf die radikalisierten Arbeiter und Anstaltlichen, und würden sich bei solcher Wahlparole haben in einer sehr klugen Lage befinden. Eine scharfe Opposition gegen rechts und ein radikales Eintreten für die Sozialreform würde ihnen gleichwohl Wählerstimmen abtreiben. Die Entscheidung des Volkes

über die neue Steuerreform würde der Vollzug des Friedensvertrages mit Amerika durch eine Anfrage Amerikas eingeleitet, ob Oesterreich auf der Grundlage des Vertrages von St. Germain bereit ist, in Friedensverhandlungen einzutreten. Auf die eingehende Antwort Oesterreichs würden die Verhandlungen in verschiedener Form aufgenommen. Aus dem Vertrage von St. Germain würden zwei Bestimmungen aufgeführt und zwar diejenigen über den Völkerbund, über die Vereinigten Staaten und über die politischen Bestimmungen über Europa und über die Staatsimmunität. Oesterreich soll der größte Wert auf die Aufhebung des Generalvollmachten an österreichischen Ämtern und auf die Vertreibung Amerikas aus Österreich und Kroatien legen.

Loucheurs Abreise nach Deutschland

Eigene Drahtmeldung

Paris, 24. August. Dem Herrn Loucheur hat der Senat gestern Abend Paris verlassen. Er wird sich heute einige Stunden in Berlin aufhalten, wo er eine Aufnahmefahrt mit dem Oberkommandanten Frankreichs für die Rheinlande, Lüttich, haben wird. Die Verhandlungen in Brüssel werden wahrscheinlich zwei Tage in Antwerpen stattfinden und in der Hauptstadt der Neutralität stattfinden. Loucheur wird sich in Brüssel aufhalten. Man wird auch die Frage der Rückkehr der Kolonialtruppen unterhalten. Es ist anzunehmen, daß man über die Höhe der Reparationszahl zu einer Einigung kommen wird.

Von Paris des letzten Tages hatte Loucheur noch zwei Unterredungen mit Briand, in deren Verlauf die Rückkehr der Rückkehrtruppen auf die französische Demoralisierung zur Sprache kamen. Die erste Unterredung mit Briand wird am Freitag nachmittags stattfinden.

Kommunistische Tumulte in Berlin

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. August. Die Kommunisten haben vor dem Berliner Reichstag und dem Reichswirtschaftsministerium eine Resolution angenommen, die die Sozialdemokraten ablehnen. Die Sozialdemokraten haben sich in diesem Zusammenhang mit dem Reichstag auseinandergesetzt. Die Sozialdemokraten haben sich in diesem Zusammenhang mit dem Reichstag auseinandergesetzt. Die Sozialdemokraten haben sich in diesem Zusammenhang mit dem Reichstag auseinandergesetzt.

wurde also die Lösung des Problems nicht erleichtern, sondern im Gegenteil erschweren.

Die Art, wie hier ein demokratisches Volk die Frage möglicher Steuerwahlen behandelt, stellt das ganze Problem der Sozialpolitik auf. Die Sozialdemokratie hat mit dem Zentrum nach Annahme des Ultimatum die Bildung der Regierungsbildung auf sich genommen und die Demokraten haben sich dieser Koalition angeschlossen. Die Sozialdemokraten haben sich dieser Koalition angeschlossen. Die Sozialdemokraten haben sich dieser Koalition angeschlossen.

Es sollte auch für bürgerliche Politiker auf der Hand liegen, daß die Sozialdemokratie diese Stellung der wackelnden behaupten auf stehen der arbeitenden, aber nicht beherrschenden Bevölkerung nicht mitmachen kann. Sie wird daher, ohne ihre Regierungsbeteiligung zu beschleunigen, mit allem Nachdruck die einheitliche und tatsächliche Heranziehung der Reichswerte zu den Reichsbesitzern fordern müssen und, falls die Mehrheit der Regierungskoalition sich ihren Gründen dauernd verschließen sollte, auf die Erneuerung des Reichstages durch ein allgemeines Wahlrecht im Falle entsprechenden Reichstages hinwirken. Das ist dabei alle Kraft anwenden wird, um den Wählern die Bedeutung der Fragen klar zu machen, in eine Selbstverständlichkeit. Die Kraft der Reichstages vor den Reichswahlen vertritt aus dem Grunde, daß die Sozialdemokratie die einheitliche und tatsächliche Heranziehung der Reichswerte zu den Reichsbesitzern fordern müssen und, falls die Mehrheit der Regierungskoalition sich ihren Gründen dauernd verschließen sollte, auf die Erneuerung des Reichstages durch ein allgemeines Wahlrecht im Falle entsprechenden Reichstages hinwirken.

Steuerfrage und Einheitsfront

Die U. S. V. D. vertritt die Ansicht, daß die Steuerfrage und die Einheitsfront einander nicht trennen lassen. Die Steuerfrage ist ein zentraler Punkt der Einheitsfrontbewegung. Die Steuerfrage ist ein zentraler Punkt der Einheitsfrontbewegung.

30
40
50
Pf.
23